

Schwächelnde Krankenkassen, Milliarden-Investment der Bahn, problematischer Fachkräftemangel

+++Gesetzliche Krankenkassen befürchten roten Zahlen+++

Die fetten Jahre der Krankenkassen scheinen sich dem Ende zuzuneigen. Derzeit steigen die Ausgaben für die Versorgung stark an, etwa um fünf Prozent, wie [Spiegel Online](#) berichtet. Das und die schwächelnde Konjunktur könnten dazu führen, dass die gesetzlichen Krankenkassen in den kommenden Jahren rote Zahlen schreiben. Zwar betrugen die Rücklagen im September insgesamt noch gut 20,6 Milliarden Euro. Dennoch belief sich das Defizit nach den ersten neun Monaten auf stolze 741 Millionen Euro. Geht es so weiter, so könnten die Beiträge im kommenden Jahr ansteigen. Im Schnitt wird meiner Erhöhung des Zusatzbeitrages um Werte zwischen 0,2 und 1,1 Prozent gerechnet.

+++Deutsche Bahn investiert Milliarden in neue Züge+++

Die Deutsche Bahn will attraktiver werden und tut vieles dafür. Erst vergangene Woche wurde bekanntgegeben, dass Supersparpreise für den Langstreckenverkehr noch günstiger werden sollen. Nun verkündet die Bahn Milliarden-Investitionen in neue Züge. Laut [Welt](#) plant das Unternehmen künftig eine 30-Minuten-Taktung zwischen den großen Städten, wie etwa Berlin, Hamburg oder München. Zudem sollen bis 2026 etwa zwölf Milliarden Euro in den Ausbau der Fahrzeugflotte fließen. Die Hälfte würde auf den ICE 4 entfallen, „23 neue Eurocity-Züge vom spanischen Hersteller Talgo und 86 Doppelstock-Intercitys sind außerdem geplant.“

+++Fachkräftemangel bedroht deutsche Unternehmen+++

Das Nachrichtenportal [n-tv](#) schreibt, der Fachkräftemangel würde ein erhebliches Geschäftsrisiko für Deutsche Unternehmen bedeuten. Gestützt wird diese Aussage auf eine neue Umfrage der Handelskammer, die rund 11.000 Firmen befragt hat. Das Ergebnis: Rund ein Drittel aller befragten Unternehmen gaben an, in den vergangenen Jahren vermehrt ausländische Fachkräfte eingestellt zu haben, da es hierzulande daran fehlte. Zwar landet die Bundesrepublik noch immer auf Platz Zwölf unter den mehr als 30 OECD-Industrielländern. Dennoch müsse man bessere Rahmenbedingungen für zuwanderungswillige Akademiker bilden, und etwa Weiterbildungsmaßnahmen und Sprachkurse stärker fördern. Das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das am 01. März 2020 in Kraft tritt, sei ein erster wichtiger Lösungsansatz.